

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gelingende Berufsorientierung: Perspektivenjahr statt Pflichtschuljahr!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein flexibles „Perspektivenjahr“ einzuführen. Das Perspektivenjahr soll allen Jugendlichen, die nach der 10. Klasse noch nicht wissen, welchen beruflichen Weg sie einschlagen möchten, Orientierung geben und Perspektiven eröffnen. Ziel ist es, dass mehr junge Menschen in duale Ausbildungen vermittelt werden und kein junger Mensch verloren geht.

Essenziell für gute berufliche Orientierung ist die Arbeit der Schulen und der Berufsorientierungsteams in den Schulen. Um diese zu verbessern, wird der Senat aufgefordert, das Berufsorientierungskonzept der Senatsbildungsverwaltung grundlegend zu überarbeiten. Berufliche Orientierung muss zu einer echten Kernaufgabe an den Berliner Schulen werden. Die Beratungstätigkeit der Jugendberufsagenturen muss ausgeweitet sowie bestehende Angebote und Projekte für Jugendliche nach der 10. Klasse gebündelt, flexibilisiert und ausgebaut werden.

Die Komponenten des Perspektivenjahrs sind:

1. Eine verpflichtende Beratung und regelmäßige Beratungsangebote in allen allgemeinbildenden Schulen sowie der Ausbau aufsuchender Arbeit durch die Jugendberufsagenturen.
2. Eine Flexibilisierung und die Ausweitung der Plätze im erfolgreichen Modell der Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung (IBA). Hierfür ist zusätzliches Personal an den Oberstufenzentren notwendig.
3. Eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie, um sicherzustellen, dass es genügend Ausbildungsplätze für alle interessierten Personen und angehenden Auszubildenden gibt.

Bei der Erarbeitung des Perspektivenjahrs sind folgende Aspekte zu beachten:

- Klare Kommunikation. Nicht nur Jugendliche sind von der Vielzahl der Angebote überfordert. Auch Fachkräfte haben zum Teil nicht den Überblick. Die Berufsorientierung nach der 10. Klasse ist mit ihren zahllosen Angeboten unübersichtlich. Das Perspektivenjahr soll deshalb alle Angebote, die Jugendliche nach der 10. Klasse haben, bündeln, in eine Verantwortung/Organisation überführen und übersichtlich kommunizieren.
- Engere Vernetzung sowie ein Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den Jugendberufsagenturen und der Bundesagentur für Arbeit sowie Schulen, Betrieben, Integrationsfachdiensten und weiteren relevanten Akteuren.
- Ausreichend Plätze. Nicht alle Jugendlichen finden einen Platz in dem von ihnen ausgewählten Bildungsgang. Hier ist das Land in der Pflicht, ausreichend Plätze in der IBA zur Verfügung zu stellen, damit alle Jugendlichen einen Platz im Bildungsgang ihrer Wahl finden.
- Freiwilligkeit und Beratung. Es wird nicht gelingen, Jugendliche zu beruflicher Orientierung zu zwingen. Sie müssen ein gutes Angebot bekommen. Dafür braucht es eine gute Berufsberatung, mit Beziehungsaufbau und langfristiger Begleitung und übersichtliche, attraktive Angebote.
- Perspektive. Zu viele Unternehmen bieten keine Praktikums- oder Ausbildungsplätze an. Mit einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie werden alle Unternehmen in die Pflicht genommen, zur Ausbildung neuer Fachkräfte beizutragen. Dies muss auch das Land Berlin tun: Wenn Jugendliche keinen Praktikumsplatz finden, müssen die landeseigenen Unternehmen oder die öffentliche Verwaltung diesen Personen einen Praktikumsplatz anbieten.
- Inklusion: Alle Jugendlichen – ob mit oder ohne Behinderungen und unabhängig von der Art der Beeinträchtigung – sollen die Chance erhalten, sich beruflich zu orientieren und ihren Berufswunsch zu verwirklichen. Dafür sind bedarfsgerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Verfügung zu stellen.

Die Erarbeitung und Implementierung des Perspektivenjahrs durch den Senat erfolgt in Absprache mit betroffenen Jugendlichen, Auszubildendenvertretungen, Schulleitungen, den Jugendberufsagenturen und anderen Akteur*innen. Grundsätzlich ausgenommen sind Jugendliche, die ein FSJ oder FÖJ machen, ein längeres Praktikum absolvieren, einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, ein intensives Ehrenamt ausüben, Auslandsaufenthalte planen oder einen anderen Bildungsweg antreten.

Begründung

Insbesondere in Anbetracht des Fachkräftemangels können wir es uns als Gesellschaft nicht leisten, junge Menschen aufzugeben und sich selbst zu überlassen. Auch diese Menschen wollen ihren Beitrag leisten – und brauchen genau dafür unsere Unterstützung. Insbesondere Jugendliche mit Förderbedarf und junge Menschen mit Behinderungen und Jugendliche aus sogenannten sozial benachteiligten Verhältnissen bleiben viel zu oft ohne gute Perspektiven.

Kein*e Jugendliche*r soll die Schule ohne eine Perspektive verlassen. Das heißt aber nicht, dass wir die Jugendlichen so lange an der Schule festhalten, bis sie eine Perspektive entwickelt haben. Jugendliche, die schon 10 Jahre lang nicht vom Schulsystem erreicht wurden, sollten nicht weiterhin darin festgehalten werden. Denn wer die Schule ohne Perspektive verlässt, wird

sich nicht durch ein weiteres Jahr Schule wieder an das System Schule heranführen lassen. Mehr vom Gleichen wird diesen Jugendlichen nicht helfen.

Der Vorschlag der Koalition ist unrealistisch in der Umsetzung und wird das Problem nicht lösen. Es bleibt zudem vollkommen unklar, wie der Senat die zusätzlichen Lehrkräftestellen für ein weiteres verpflichtendes Schuljahr zu besetzen plant. Nicht zuletzt ist die Bezeichnung „Pflichtschuljahr“ nicht dazu geeignet, gerade bei der Zielgruppe der Maßnahme Vertrauen zu schaffen, dass mit dieser Maßnahme mehr kommt als noch ein Jahr Schule.

Klar ist: Das bisherige System wird nicht allen Jugendlichen gerecht. Klar ist aber auch: Mit einem weiteren verpflichtenden Jahr im Klassenraum werden wir gerade Jugendlichen ohne Anschluss erst recht nicht gerecht. Stattdessen wollen wir diesen Jugendlichen ein Angebot machen, das sie erreicht und motiviert. Wir wollen ein kreatives und multiprofessionelles Angebot aufbauen, das sowohl Flexibilität als auch wirkliche Orientierung bietet. Es braucht hier sozialpädagogische Unterstützung, Beratung und wenn nötig auch Abstand. Es braucht Ausbildungsplätze und Praktikumsplätze in den Betrieben für die Jugendlichen, die neu ins System kommen. Wir möchten allen Jugendlichen ein Angebot machen, (neue) Fähigkeiten zu entdecken, Orientierung zu erhalten und den Spaß am Lernen zurückzugewinnen. Das ist das Ziel des Perspektivenjahrs.

Berufsorientierung fängt aber nicht erst in der 11. Klasse an. Es ist die Aufgabe der allgemeinbildenden Schulen die Jugendlichen dabei zu unterstützen, einen passenden Beruf und weiteren Bildungsweg für sich zu finden. Das bedeutet für uns: Die Berufsorientierung und insbesondere Berufsberatung muss ausgebaut werden. Denn Beratung ist Beziehungsarbeit! Dafür braucht es langfristige Verträge und gute Arbeitsbedingungen für Bildungsbegleiter*innen, um diesen Beruf attraktiv zu machen.

Wenn die Beratung an Schulen ausgebaut wird, erhalten mehr junge Menschen Informationen über ihre Möglichkeiten und damit eine Perspektive. Durch den Einblick in die Arbeitswelt sowie die Reflexion über eigene Stärken und Talente lernen Jugendliche, welcher Beruf zu ihnen passen könnte und wie sie einen Ausbildungsplatz finden. So entwickeln Jugendliche eine Perspektive: durch Möglichkeiten, nicht durch Zwang.

Berlin, den 23. April 2024

Jarasch Graf Schedlich
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen